

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Sozialausschusses am 08.02.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Weiterentwicklung der Integration: Integration in/durch Arbeit Vorlage: FB2/0156/2017	4
3 Wohnungsnothilfe Vorlage: FB2/0552/2017	5
4 Initiierung einer "Tafel" durch Meerbusch hilft e.V. Vorlage: FB2/0158/2017	7
5 Anträge	8
6 Anfragen	8
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	9
8 Termin der nächsten Sitzung	10
9 Verschiedenes	10

Sitzungsort: Hochstraße 1, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal (Altes Rathaus)

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:23 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied anwesend bis 18.30 Uhr

Frau Marlies Homuth-Kenklied Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Sachkundige Bürgerin

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied anwesend bis 19.10 Uhr

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Frau Katja Schulz Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joris Mocka Ratsmitglied

Herr Torsten Schmitt Sachkundiger Bürger Vertretung für Herrn Guido Fliege

von der UWG-Fraktion

Herr Josef Gather Sachkundiger Bürger anwesend bis 19.10 Uhr

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Gerd Dieter Hünseler Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Lothar Chaillié Behindertenbeauftragter anwesend bis 18.30 Uhr

Herr Albert Güllmann Seniorenbeirat

Herr Wilfried Pahlke Wohlfahrtsverbände

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 2

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Helga Hermanns

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Christian Städter

Sachkundiger Bürger

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende Herr Focken die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung dieses Ausschusses fest.

Auf Antrag des Vorsitzenden wird mit einstimmigem Beschluss der Tausch der TOPs 3 und 4 beschlossen. Weitere Anträge zur Tagesordnung gibt es zu diesem Zeitpunkt nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine

2 Weiterentwicklung der Integration: Integration in/durch Arbeit Vorlage: FB2/0156/2017

Zu Beginn seiner Ausführungen weist Erster Beigeordneter Maatz darauf hin, dass die Stelle „Koordination für ehrenamtliche Betreuung von Flüchtlingen und Integrationsmaßnahmen“ durch Frau Mertens besetzt sei, die zukünftig sowohl an den Sitzungen des Integrationsrates, als auch bei Bedarf am Sozialausschuss teilnehmen werde.

Im Folgenden stellt Herr Maatz ausführlich die Informationsvorlage vor. Als zusätzliche Information führt er weiterhin aus, dass die Quote der Teilnahme an den Integrationskursen im Rhein-Kreis Neuss mit 66% um 6% über der Quote für Gesamt-NRW liege. Außerdem würde die VHS in Meerbusch dieses Jahr 7 zusätzliche Integrationskurse für maximal 25 Teilnehmer anbieten. Die Verpflichtung zur Teilnahme an diesen Kursen sei für die anerkannten Asylbewerber verpflichtend. Eine Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs könnten verschiedene Behörden aussprechen, seit Beginn dieses Jahres auch die Verwaltung. Abschließend verweist der Beigeordnete noch auf eine Stellungnahme von Herrn Weise, in der dieser darauf hinweist, dass es sich bei der Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt um einen langwierigen Prozess handeln werde. Dieser würde voraussichtlich bis zu 10 Jahren in Anspruch nehmen.

Herr Focken bedankt sich für die Ausführungen und verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass er in Gesprächen mit der Vorsitzenden des Integrationsausschusses stehe, um eine gemeinsame Sitzung des Integrationsrates und dieses Ausschusses durchzuführen. Anschließend bittet er um Fragen.

Ratsherr Mocka bittet um Auskunft, warum zu der Informationsveranstaltung für Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive nur eine Teilnehmerquote von 55% erreicht wurde. Herr Annacker führt aus, dass sich nicht jeder der Angeschriebenen auch angesprochen gefühlt habe und zu diesem Zeitpunkt auch die Kommunikation mit den Betroffenen schwierig gewesen sei.

Ratsfrau Pricken merkt an, dass die Anschreiben für diese Veranstaltung teilweise nicht angekommen seien und die Betroffenen die Wichtigkeit der Veranstaltung nicht erkannt hätten. Den von Herrn Weise genannten Zeitraum von 10 Jahren für eine erfolgreiche Integration halte sie für zu hoch gegriffen, da man hier vor Ort sehe, wie gut und zügig die Umsetzung der Projekte erfolge.

Ratsfrau Niegeloh bittet um Erklärung, wie die Besetzung der 43 Stellen für Asylbewerber ohne hohe Bleibeperspektive erfolge. In Beantwortung der Frage führt Herr Annacker aus, dass es sich um Stellen handele, die durch die Bundesanstalt für Arbeit refinanziert würden, es aber aktuell noch keine entsprechende Anzahl an potentiellen Stellen gäbe. Im Weiteren führt Frau Dreyer aus, dass es sich um ein relativ kompliziertes Antragsverfahren handele, bei dem zur Refinanzierung erst vorab eine genaue Stellenbeschreibung bei der Bundesanstalt für Arbeit einzureichen sei, die anschließend von

dessen Verwaltungsrat zu genehmigen sei. Erst danach sei die Besetzung der Stelle vor Ort in Meerbusch möglich. Die Aufgabe der Antragstellung werde für Meerbusch vom TZG übernommen. Außerdem sei es zum einen nicht einfach, geeignete und vertrauenswürdige Bewerber für die Stellen zu finden, zum anderen mache es die Befristung der Stellen auf 6 Monate ebenfalls nicht leichter, interessierte Bewerber zu finden.

Ratsfrau Pricken weist darauf hin, dass oft auch einfach die notwendigen Sprachkenntnisse fehlten, was es schwierig mache, geeignete Bewerber zu finden. Außerdem vermisse sie so etwas wie ein Polizeiliches Führungszeugnis zum Nachweis der Geeignetheit. Hierzu erklärt Herr Annacker, dass ein Solches für die Flüchtlinge gar nicht erstellt werden könne, da diese viel zu kurz hier seien und auch aus den Herkunftsländern sei eine solche Information meist ebenfalls nicht zu beschaffen. Hinzu komme, dass mögliche Strafverfahren in Deutschland meist sehr langwierig und deswegen oft noch nicht in den entsprechenden Portalen erfasst seien. Als mögliche Alternative könne der Bewerber eine Selbstverpflichtung unterschreiben. Aus den vorgenannten Gründen erfolge auch kein Einsatz dieses Personenkreises z.B. in der Kinderbetreuung.

In der nächsten Sozialausschusssitzung am 17.Mai 2017 werde die Verwaltung eine Übersicht über den Stand der Förderintegrationsmaßnahmen geben.

Ratsherr Bertholdt möchte wissen, ob die Verwaltung mit dem Integrationskonzept des Rhein-Kreises Neuss zufrieden sei und sich diesem anschließe. Hierzu führt Beigeordneter Maatz aus, dass die Verwaltung das vorgestellte Modul „Integration in Arbeit“ für eine wichtige Grundlage einer gelingenden Integration halte und man mit dessen Umsetzung in der Stadt sehr zufrieden sei. In den nächsten Sitzungen werde die Verwaltung weitere wichtige Module wie „Sprache“ oder „schulische Bildung“ vorstellen. Die Integrationskonzepte anderer Kommunen umfassten inhaltlich ähnliche Schwerpunkte, sodass der Zeitaufwand für die Erstellung eines eigenen Integrationskonzeptes sinnvoller für die Umsetzung weiterer Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge genutzt werden sollte.

Der Ausschussvorsitzende verweist in diesem Zusammenhang nochmals darauf, dass der Integrationsrat der Stadt Meerbusch ein solches Konzept fordere und deswegen Dormagen sein Konzept in der geplanten gemeinsamen Sitzung von Sozialausschuss und Integrationsrat vorstellen solle.

Ratsherr Wartchow erklärt, dass er die Notwendigkeit hierzu nicht sähe, da es einen Mehrheitsbeschluss gegen ein Integrationskonzept für Meerbusch gäbe.

Ratsherr Bertholdt ist der Auffassung, dass die bisherige Vorgehensweise der Verwaltung, die Integrationsaufgaben einzeln vorzustellen, richtig und ein Integrationskonzept entbehrlich sei.

Ratsfrau Niegeloh schließt sich dieser Auffassung an.

Herr Focken betont noch einmal, dass er die Entwicklung eines Integrationskonzeptes in die Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung aufnehmen werde, wenn der Integrationsrat dies beantrage.

3 Wohnungsnothilfe **Vorlage: FB2/0552/2017**

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt, die Vereinbarung nach § 67 ff. Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch mit der Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH zur Wohnungsnothilfe mit 19,5 Stunden wöchentlich unverändert fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen			2
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten		1	
Gesamt:	10	4	2

Erster Beigeordneter Maatz stellt die Beschlussvorlage ausführlich vor. Die Aufstockung der vorhandenen Halbtagsstelle der Wohnungsnothilfe auf eine Ganztagsstelle sei durch den Ausschuss am 20.09.16 beschlossen worden. Auf der Grundlage des Integrationsgesetzes habe das Land NRW jedoch zum 01.12.2016 die Einführung einer Wohnsitzauflage beschlossen, sodass Flüchtlinge nunmehr keine Freizügigkeit mehr genießen würden, sondern mindestens 36 Monate an dem ihnen zugewiesenen Wohnort verbleiben müssten. Zusätzlich weist er darauf hin, dass NRW das bevölkerungsreichste Bundesland sei und deswegen auch die höchste Zuweisungsquote an Flüchtlingen habe. Aktuell seien jedoch die Zuweisungszahlen stark rückläufig. Zudem würden im Stadtgebiet neue Sozialwohnungen geplant bzw. bereits erbaut, die zur Unterbringungen von Flüchtlingen vorgesehen seien. Insofern laufe die Wohnungsnothilfe derzeit ins Leere, da eine Vermittlung von Flüchtlingen in Wohnungen außerhalb Meerbuschs aufgrund der Wohnsitzauflage nur in Ausnahmefällen möglich sei und gleichzeitig die Zuweisungsquote im Bereich der Neuzuweisungen stark rückläufig. Auch der Träger der Wohnungsnothilfe habe diese Entwicklung erkannt.

Ratsfrau Pricken drückt ihr Unverständnis aus, dass die Stelle nur an der Flüchtlingsproblematik fest gemacht werde, schließlich gäbe es auch genug Betroffene ohne Migrationshintergrund. Sie fragt weiterhin, ob es entsprechende Fallzahlen gäbe.

Ratsherr Mocka verweist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit der Erweiterung der Stelle auf drohende Obdachlosigkeit. Er wirft wieder die Frage nach den Schlichtbauten Strümper Straße auf und drückt sein Unverständnis für den Wegfall der Stelle aus.

Ratsfrau Niegeloh zeigt sich ebenfalls überrascht, dass nach einem Beschluss über die Aufstockung der Stelle vor vier Monaten, jetzt die Kürzung anstünde. Sie könne dies auch zahlenmäßig nicht nachvollziehen, da aufgrund der Flüchtlinge mehr Beratung gebraucht würde. Sie bittet des Weiteren um Stellungnahme von Frau Müller von der Caritas zu diesem Thema.

Beigeordneter Maatz stellt zur Beantwortung klar, dass die Wohnungsnothilfe schon vor der Flüchtlingswelle mit einer halben Stelle unterhalten wurde. Hinzu komme, dass der Aufwand für die Flüchtlinge in diesem Bereich gegen Null tendiere. Dies habe sich auch in den Gesprächen zwischen ihm, Herrn Kallen und Herrn Jünger von der Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH bestätigt. Die Streichung der Aufstockung ergebe keine Kürzung des Staus quo, sondern solle vielmehr den realistischen Bedarf abdecken. Die Vermeidung von Obdachlosigkeit stehe dabei immer noch im Fokus. Sollte sich eine Änderung in der Zuwanderungssituation ergeben, könne die Stelle jederzeit aufgestockt werden.

Ratsherr Mocka sieht die Einsparung erstmal positiv, schließt aber einen möglichen Bedarf nicht aus. Ratsfrau Niegeloh hält eine Vertagung der Entscheidung bis zur nächsten Sitzung im Mai für sinnvoll, da sie Beratungsbedarf in der Fraktion sehe.

Dies hält Ratsherr Wartchow für nicht notwendig, da bis zur nächsten Sitzung keine neuen Erkenntnisse vorlägen.

Ratsfrau Niegeloh betont nochmals, dass sie eine Vertagung für sinnvoll halte, zumal diese keine negative Auswirkung habe.

Ratsherr Bertholdt führt aus, dass bisher oftmals preiswerter Wohnraum im Umfeld für die Zielgruppe gefunden werden konnte. Dies entfiere durch die Wohnsitzauflage, da hierdurch keine Vermittlung ins Umfeld mehr möglich sei. Damit sei eine große Bedarfsgruppe weggefallen. Er fragt nach, ob eine Verschiebung der Abstimmung bis zur nächsten Sitzung irgendwelche negativen Auswirkungen habe.

Beigeordneter Maatz stellt nochmals klar, dass die Umsetzung des Beschlusses aus September 2016 bisher nicht erfolgt sei und wegen der im Dezember erlassenen Wohnsitzauflage für NRW jetzt die Reaktion der Verwaltung erfolge. Es entstünde kein Schaden dadurch.

Ratsfrau Niegeloh stellt den Antrag, die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung zu vertagen. Ausschussvorsitzender Focken sieht dennoch Beratungsbedarf in den Fraktionen und wünscht sich von der Verwaltung Zahlen zu diesem Thema.

Ratsherr Mocka hält die Entscheidung über diesen Punkt für unschädlich, da die Mittel im Haushalt ja erstmal erhalten blieben.

Ausschussvorsitzender Focken lässt über die Vertagung der Entscheidung abstimmen mit folgendem Ergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
DIE LINKE/Piraten	1		
Gesamt:	7	9	

Damit wird einer Vertagung nicht zugestimmt.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung zum eigentlichen Beschluss.

4 Initiierung einer "Tafel" durch Meerbusch hilft e.V. Vorlage: FB2/0158/2017

Der Ausschussvorsitzende erteilt Herrn Dackweiler das Wort, um vom ersten Probelauf der Tafel am 07.02.2017 in Osterath zu berichten.

Herr Dackweiler führt aus, dass die Tafel grundsätzlich in Meerbusch an zwei Standorten geführt werden solle, nämlich dienstags in Osterath, im großen Saal der evangelischen Kirche und ab März donnerstags auch in Büderich, in der katholischen Heilig Geist Kirche. Der erste Testlauf in Osterath sei mit 20 Personen aus der Fröbelstraße und weiteren, von der Verwaltung vorgeschlagenen Personen, am 07.02.2017 erfolgt und sehr gut angelaufen. In der Vorbereitung hätten die ehrenamtlichen Helfer bereits seit einigen Wochen die verschiedenen Supermärkte angefahren. Dabei seien die haltbaren Lebensmittel eingelagert worden und die Frischwaren, sowohl in der alten Post untergebracht, dort befindet sich der Kühlbereich, als auch an die umliegenden Tafeln verteilt worden.

Zu Beginn des Testlaufes sei erstmals eine Registrierung der Kunden erfolgt sowie die Ausgabe der personengebundenen Kundenkarte an die Berechtigten. Kinder erhielten keine Kundenkarte. In der nächsten Woche solle eine Verdopplung der Kunden erfolgen. Die Kunden würden 2,-€ pro Einkaufskorb zahlen.

Des Weiteren solle für die Tafel in den Supermärkten für Spenden von haltbaren Lebensmitteln geworben und die Bevölkerung so aktiviert werden. Die Begeisterung der ersten Kunden sei sehr groß gewesen. Überschüssige Spenden im Frischebereich würden zukünftig an andere Tafeln abgegeben. Abschließend führt Herr Dackweiler aus, dass es ein gutes Engagement der Ehrenamtler gäbe. Für die Abholung der Spenden in den einzelnen Märkten würden noch Leute für den Logistik-Bereich gesucht.

Beratendes Mitglied Dr. Chaillié fragt nach, ob eine Ausgabestelle in Lank geplant sei. Herr Dackweiler verneint dies, mit dem Hinweis auf die gute Anbindung zwischen Lank und Osterath.

Ratsfrau Pricken bittet um Auskunft, ob seitens der Verwaltung auf die Tafel hingewiesen würde. Herr Dackweiler verneint dies mit dem Hinweis auf den aktuell erst anlaufenden Testbetrieb. Herr Annacker ergänzt, dass bei Nachfrage durch Berechtigte seitens der Verwaltung zu Meerbusch Hilft e.V. vermittelt werde. Erst im Dauerbetrieb würden entsprechende Handzettel in der Verwaltung ausgelegt, um auch andere Bedürftige auf die Tafel hinzuweisen.

Ratsherr Mocka bedankt sich für den Einsatz und lobt das Engagement von Meerbusch hilft e.V.

Ratsherr Bertholdt bittet um Auskunft, wie die Verwaltung den Bedarf sähe und wie die Kompetenz im Umgang mit den frischen Lebensmitteln sei. Hierzu führt Herr Annacker aus, dass die gewährte staatliche Unterstützung eigentlich auskömmlich sein sollte, um den Lebensmittelbedarf zu decken. Jedoch sei es gerade bei älteren Menschen und Menschen mit Suchtproblematik oft so, dass an Lebensmitteln gespart werden würde. Zum Erhalt einer gewissen Lebensqualität sei dann die Tafel ein gutes Angebot.

Ratsfrau Niegeloh erfragt, wie die Entsorgung von frischen, aber nicht verwerteten Lebensmitteln erfolge und was mit den entstehenden Kosten für die Entsorgung sei. Herr Dackweiler führt aus, dass es eigentlich keine Entsorgungskosten gäbe, da entweder die frischen, noch verwertbaren Lebensmittel ggf. an die Krefelder Tafel weitergegeben würden oder die nicht mehr für den menschlichen Verzehr geeigneten Lebensmittel zur Arche in Büderich gebracht würden.

Ratsherr Bertholdt fragt nach, ob es eine Abnahmeverpflichtung gäbe für das, was der Handel anbiete und ob die Spender eine Spendenbescheinigung erhielten. Beides wurde von Herrn Dackweiler verneint. Bei der Abnahme erfolge bereits eine visuelle Vorkontrolle der Waren.

Abschließend führt Ratsfrau Docktor aus, dass sie aus der Erfahrung mit der Tafel in Düsseldorf nur bestätigen könne, dass es dort so gut wie nie Probleme bei der Qualität der gespendeten Waren gegeben hätte.

5 Anträge

Keine

6 Anfragen

Keine

7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Beigeordneter Maatz verweist hier auf die Vorlage für die Ratssitzung am 16.02.2017, in der über die Weiterentwicklung der Flüchtlingsunterkünfte berichtet wird. Dort werde ausgeführt, dass die letzte Zuweisung im Oktober 2016 mit einer Person erfolgt sei. Diese geringe Zuweisung ergäbe sich aus der Unterhaltung der NUKs in Meerbusch. Nach der Schließung dieser Einrichtungen sollen wieder erhöhte Zuweisungen erfolgen, was bis dato nicht erfolgt sei. Außerdem erläutert er, dass aufgrund der Einführung der Wohnsitzauflage neben der Flüchtlingsaufnahmequote nun zusätzlich eine Integrationsquote existiere, die letztlich von den Kommunen zu erfüllen sei. Bei Einführung der Integrationsquote hatte die Stadt Meerbusch eine Aufnahmeverpflichtung von insgesamt 120 Personen, 78 Personen seien bereits als Bestand angerechnet worden. Die bereits anerkannten Asylbewerber, die über die Integrationsquote zugewiesen würden bzw. bereits in Meerbusch wohnten und nach Anerkennung eine Wohnsitzauflage erhalten würden, sollten in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus untergebracht werden.

Insgesamt sei es in den letzten beiden Jahren aufgrund der hohen Flüchtlingszuweisungen erforderlich gewesen, kurzfristig viele Plätze in Gemeinschaftsunterkünften zu schaffen. Durch die Beschleunigung der Anerkennungsverfahren und die folgenden Auszüge entstünden in den bestehenden Unterkünften viele freie Plätze. Zudem seien in der Unterkunft am Eisenbrand derzeit zwei Module fertiggestellt. Bis Ende März würden voraussichtlich die restlichen beiden Module bezugsfertig sein.

Aus diesem Grund und der Tatsache, dass die kleineren, angemieteten Objekte nicht optimal zur Unterbringung von Flüchtlingen seien, solle nunmehr über eine Aufgabe der Objekte Neusser Feldweg, Uerdinger Straße/Malteser und des Pfarrheims in Strümp verhandelt werden.

Der Beigeordnete teilt weiterhin mit, dass die Bezirksregierung am heutigen Tag weitere Zuweisungen im Rahmen der Flüchtlingsaufnahmequote angekündigt habe, die voraussichtlich Mitte März aufgenommen werden sollen. Bei diesen Zuweisungen werde es sich fast ausschließlich um Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive handeln und nur noch um wenige mit guter Bleibeperspektive, da dieser Personenkreis über die Integrationsquote zugewiesen werde. Anfang März werde die Bezirksregierung noch einmal Gespräche mit der Stadt aufnehmen, da zu diesem Zeitpunkt neue statistische Daten vorlägen. Erst nach Führung dieser Gespräche könne über einen konkreten Aufgabzeitpunkt der Objekte verhandelt werden.

Im Rahmen des Belegungsmanagements könne es unter dem Aspekt einer verträglichen Verteilung der neuen Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive zur Verlegung von Flüchtlingen aus den bestehenden Unterkünften in den Eisenbrand kommen. Aufgrund der bestehenden 24 Stunden Betreuung in den Häusern Cranachstraße und Am Heidbergdamm sei dort eine bessere Betreuung der neuen Flüchtlinge gegeben.

Trotz der neuen Entwicklung und unter dem Aspekt einer verbesserten Qualität der Unterbringung der Flüchtlinge werde eine mittelfristige Schließung der kleineren Einheiten weiterhin für sinnvoll gehalten.

Ausschussvorsitzender Focken bemängelt, dass in der Vorlage für die Ratssitzung die insgesamt 90 Plätze der kleineren Unterkünfte als „freie Plätze“ deklariert würden. Dies sei seiner Meinung nach so nicht korrekt, wenn diese Einheiten doch aufgegeben werden sollten.

Beigeordneter Maatz verweist darauf, dass die Vorlage noch ohne Kenntnis der Zahlen der Bezirksregierung erstellt worden und zum Zeitpunkt der Erstellung stimmig gewesen sei.

Ratsfrau Pricken bittet, bei der Umsetzung von Flüchtlingen die sozialen Anbindungen der Betroffenen in den einzelnen Ortsteilen zu berücksichtigen.

Beigeordneter Maatz antwortet hierzu, dass die Umsetzung sukzessive unter Berücksichtigung der Fertigstellung der neuen Unterkünfte erfolgen werde und es zu keinen übereilten Umsetzungen kommen werde.

Ratsfrau Niegeloß weist auf die schlechte Schulanbindung der Einrichtung Am Eisenbrand hin. Es stehe auch weiterhin nicht genug geeigneter Wohnraum zur Verfügung. Außerdem fragt sie, warum keine Vorlage an den Sozialausschuss erfolgt sei.

Beigeordneter Maatz beantwortet diese Frage mit dem Hinweis, dass die Einladung zum Sozialausschuss bereits erfolgt sei, bevor die neuen Zahlen durch die Bezirksregierung bekannt wurden.

8 Termin der nächsten Sitzung

Der nächste Sozialausschuss findet am 17.05.2017 statt.

Im Nachgang zur Sitzung wurde eine zusätzliche Sitzung des Sozialausschusses in Kombination mit dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am Donnerstag, den 06.04.2017, anberaumt.

9 Verschiedenes

Ratsfrau Niegeloß fragt an, ob es korrekt sei, dass das mobile Beratungsbüro seitens der Verwaltung eingestellt worden sei und ob es zukünftig eine Alternative gäbe.

Herr Annacker beantwortet diese Frage mit dem Hinweis, dass es sich um eine Erprobung von 2 Jahren gehandelt habe, in der man die Akzeptanz dieses Angebotes prüfen wollte. Leider sei keine rege Teilnahme und Nutzung an diesem Angebot erfolgt, so dass zum Herbst letzten Jahres das mobile Beratungsbüro eingestellt worden sei. Alternativ würden jetzt in besonderen Einzelfällen Hausbesuche angeboten.

In diesem Zusammenhang verweist Herr Güllmann auch auf die in den Senioreneinrichtungen angebotenen Beratungen.

Ausschussvorsitzender Focken fragt nach, ob ein Schreiben des Bürgervereins Nierst an die Bürgermeisterin bekannt sei, mit der Bitte um eine Verbesserung der ÖPNV-Anbindung der Rheingemeinden an den Wochenenden, da dann oft nur der „kleine Gather“ im Einsatz sei, der aber nicht barrierefrei sei.

Herr Güllmann und Ratsherr Bertholdt geben an, dass sowohl das Schreiben, als auch das Problem bekannt seien. Es würde der große Bus bestellt, aber tatsächlich nur der kleine zum Einsatz kommen.

Meerbusch, den 9. März 2017

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Michaela Kümmel
Schriftführer/in